

«Es gibt kein Biorindsplätzligesetz»

Hohe Preise für Bio treiben viele um, von der Produzentin bis zum Kunden. Ein Fall für den Preisüberwacher.

Herr Meierhans, Sie erhielten Meldungen aus der Bevölkerung, im Detailhandel gebe es überteuerte Preise für Biolebensmittel. Als Preisüberwacher können Sie aber nur bei missbräuchlichen Preisen tätig werden. Was sind das überhaupt?

Stefan Meierhans: Das Preisüberwachungsgesetz verlangt, solche Beschwerden ernst zu nehmen. Hohe Preise sind allerdings nicht per se missbräuchlich und allein für sich noch kein Grund, dass ich aktiv werde. Das Gesetz erlaubt mir nur, bei Unternehmungen einzuschreiten, die marktmächtig sind. Regelmässig erachte ich die Marktmacht bei einem Marktanteil von ungefähr einem Drittel als gegeben. Falls Marktmacht besteht, sind Preise gemäss Gesetz dann missbräuchlich, wenn sie die Preise übersteigen, die im wirksamen Wettbewerb zustande kämen.



Preisüberwacher Stefan Meierhans. Bild: Marco Zanoni

Marktmächtig bei Biolebensmitteln sind in der Schweiz demnach einzig die Grossverteiler?

Ja. Die Marktkonzentration der beiden grossen Player beträgt zusammen etwa 80 Prozent. Die beiden deutschen Discounter haben in der Schweiz je rund fünf Prozent Marktanteil. Jene der Bioläden, der Hofläden und des Marktverkaufs sind marginal. In Relation zu den Grossverteilern ist das alles irrelevant. Der Wettbewerb ist also eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund machten wir unsere Vorabklärung mit einer Stichprobe von 14 Bioprodukten.

Was hat sie ergeben?

Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausschliessen, dass es in diesem Sektor missbräuchliche Preise geben könnte. Damit ist noch nicht gesagt, dass dem effektiv so wäre.

Was genau wäre missbräuchlich: die Biomarge selbst oder der Margenunterschied zu konventionellen Produkten?

Im Gesetz ist keine Formel für die Berechnung des Preismissbrauchs verankert. Es sind aber verschiedene Methoden vorgesehen, womit ein Preismissbrauch nachgewiesen werden kann. Wir nutzten einerseits die Vergleichsmarktmethode und verglichen Schweizer Bio mit ausländischem Bio. Andererseits holten wir gemäss der Kostenmethode bei den Anbietern die Kalkulationen ein. Zu ihren ausgewiesenen Kosten wird ein angemessener Gewinn hinzugerechnet, der dem unternehmerischen Risiko Rechnung trägt. Es ist eine komplexe Kalkulation. Unsere Analyse zeigt, dass der Unterschied zwischen konventioneller und Biomarge massiv höher ist als im Ausland. Das ist aber nur ein Element der Betrachtung.

Hat die Kundschaft überhaupt ein Anrecht auf Transparenz bei Biopreisen? Bei Handys oder Jeans hat sie auch keine.

Bei Kleidern und Handys haben die Leute die Wahl zwischen vielen Läden. Hier entfaltet der Wettbewerb seine preisdisciplinierende Wirkung. Bei den Lebensmitteln ist das durch die ungleiche Marktmacht der Detaillisten anders. Im westlichen Wirtschaftsraum ist anerkannt, dass dort, wo die Kundschaft am kürzeren Hebel sitzt, ein übergeordnetes Interesse besteht, das Gefälle auszugleichen. Der Wettbewerb funktioniert umso besser, je aufgeklärter Konsumentinnen und Konsumenten ihre Entscheide fällen können. Der Lebensmittelmarkt weist gerade im heutigen Kontext der gestiegenen Lebenshaltungskosten einen besonderen Status auf. Deshalb haben die Wettbewerbsbehörden verschiedener Nachbar- und weiterer Länder nun diesen Markt ins Visier genommen.

Das Mietrecht sagt, eine Wohnung dürfe nicht beliebig teuer sein. Gibt es kein ähnliches Gesetz für Lebensmittel wie das Biorindsplätzli, das gemäss Schweizer Tierschutz eine Marge von 144 Prozent aufweist?

Es gibt kein Biorindsplätzli-spezialgesetz, für diese Fälle ist eben das Preisüberwachungsgesetz da. Im Mietwesen hat man offenbar viele Missbräuche festgestellt und darum politisch noch tiefgreifender reguliert. Würden bei den Lebensmittelpreisen viele Missbräuche entdeckt, würde die Politik vielleicht auch ein Spezialgesetz dafür machen.

Die Biopreise nicht nur hoch, sondern variieren auch stark. Der Westschweizer Konsumentenschutz FRC fand eine Differenz zu Nicht-Bio von 50 Prozent beim Obst und fast 140 Prozent bei Strauchtomaten. Woher die Unterschiede?

Die Zahlen kann ich weder bestätigen noch dementieren. Wir sind ans Geschäftsgeheimnis gebunden und können uns kommunizierte Margen nicht veröffentlichen. Grundsätzlich gilt: Sehr verschiedene Margen sind per se noch kein Missbrauch. Das haben wir in vielen Branchen. In einem funktionierenden Wettbewerb ist es nicht illegal, verschieden viel Profit abzu-

schöpfen. Kritisch wird es, wenn der Wettbewerb nicht spielt. Bei den Biolebensmitteln ist das womöglich der Fall. In dem Fall haben die Kundinnen und Kunden einen Schutzanspruch.

Hohe Biopreise werden auch mit Mehrkosten für die Trennung vom konventionellen Vertriebskanal erklärt. Ist es fair, diesen Aufwand nur den Bioprodukten anzulasten?
Hier liegt der Kern der Diskussion: Was wird welchem Produkt zugerechnet? Es könnte etwa auch sein, dass die Zuteilung der Werbekosten eine stärkere Hebelwirkung auf den Endpreis hat als die Kanaltrennung. Ich habe den Detaillisten eine Selbstverpflichtung vorgeschlagen. Sie sollen die Margenunterschiede zwischen bio und konventionell freiwillig bei maximal 30 Prozent limitieren. Wir würden das kontrollieren. Ein Zugeständnis wurde vorerst abgelehnt.

*«Vereinbarungen oder
Kontrollmechanismen könnten im
Interesse jener liegen, die Bio
nicht als Geldmaschine verstehen.»*

Stefan Meierhans, Preisüberwacher

Sie schreiben, die Kundschaft sei bereit, für Bioprodukte 20 bis 30 Prozent mehr zu bezahlen. Daher Ihr Vorschlag. Wollen Sie also gar nicht die Kundschaft schützen, sondern den Bioabsatz fördern? Das wären dann politische Lebensmittelpreise, nicht vom Wettbewerb bestimmte.
Übergeordneten Zielen sollte ich Rechnung tragen. Der Schutz der Lebensgrundlagen gehört sicher dazu. Ausserdem wurde in der Schweiz beschlossen, den nachhaltigen Konsum zu steigern. Meine Hauptmotivation ist aber im Preisüberwachungsgesetz zu suchen: Ich soll Preise garantieren, wie sie im Wettbewerb zustande kämen. Defizite bei der Nachhaltigkeit können durch Marktmacht verschärft werden. Würden erhöhte Biopreise im Wettbewerb resultieren, wäre eine Bioprämie aus Sicht des Gesetzes nicht zu beanstanden. Deshalb orientiert sich meine erste Analyse an den Niederlanden, wo die Preisgestaltung bei besser spielendem Wettbewerb erfolgen dürfte. Die festgestellten Abweichungen lassen mich natürlich aufhorchen.

Neuseeland hat wegen ähnlich mangelhaftem Wettbewerb nun eine Regulierungsbehörde. Bald auch die Schweiz?
Ein aktueller Vorstoss im Parlament will ein Preisobservatorium nach französischem Vorbild. Es erfasst und publiziert Preise und Margen. In der Schweiz könnte das grundsätzlich der Preisüberwacher übernehmen, falls politisch gewünscht. Es sind noch weitere Vorstösse für mehr Preistransparenz hängig.

In Ihrem Bericht steht, die Knospe verteuere Biolebensmittel um zwei bis fünf Prozent. Die Lizenz- und Marken-nutzungsgebühren der Knospe sind öffentlich, sie betragen 0,9 respektive 0,2 Prozent. Woher die Differenz?
Die Frage ist nicht ganz korrekt. Meine Aussage im Bericht bezog sich auf die Marge, nicht auf den Umsatz. Die Knospe-Gebühren beziehen sich auf den Umsatz.

Bio Suisse will den Knospe-Betrieben gute Produzentenpreise und Absatzmengen ermöglichen. Was könnten die Landwirtinnen und Landwirte und ihr Verband tun, damit die Margen sinken und mehr Leute Bio kaufen?
Via Politik vielleicht. Das ist aber nicht mein Business.

Oder man geht zum Preisüberwacher?
Das steht allen frei.

Wie geht es nun weiter?



Ich halte am Vorschlag zur Selbstverpflichtung fest. Ich bin vorsichtig optimistisch: Vereinbarungen oder Kontrollmechanismen dieser Art könnten im Interesse jener liegen, die zeigen wollen, dass sie Bio nicht als Geldmaschine verstehen.

Sollte länger nichts passieren, würden Sie die Wettbewerbskommission «offiziell konsultieren». Was bedeutet das?

Ich bin mit beratender Stimme in der Weko vertreten und habe das Thema der Biomargen hier deponiert. Falls ich tatsächlich auf missbräuchliche Preise stosse und sie per Verfügung senken möchte, müsste ich die Weko konsultieren. Sie würde ein Gutachten darüber erstellen, inwieweit der Wettbewerb eingeschränkt ist.

Sie werden die Situation weiterhin beobachten. Wie genau?
Worauf wir das Augenmerk richten, verraten wir nicht. Ich kann und will nicht vorpreschen. Ich bin gesetzlich dazu angehalten, möglichst einvernehmliche Regelungen zu finden und Diskussionen mit allen Involvierten zu führen.

Interview: Beat Grossrieder und Stephanie Fuchs

-  www.preisueberwacher.admin.ch > Dokumentation > Publikationen > Studien & Analysen > Vorabklärung des Preisüberwachers betreffend die Preise der (Bio-)Lebensmittel
-  www.preisueberwacher.admin.ch > Dokumentation > Gesetzgebung > Preisüberwachungsgesetz



Gesetz zur relativen Marktmacht

Nicht nur die Kundschaft hat bei eingeschränktem Wettbewerb Schutzanspruch. Seit neuestem auch die Lieferbetriebe von marktmächtigen Unternehmungen, falls sie davon abhängig sind. Das gilt für landwirtschaftliche Biobetriebe, sie haben in der Schweiz wenig Möglichkeiten, ihre Ware abzusetzen. Ist ein Biobetrieb der Ansicht, er werde durch einen marktbeherrschenden Abnehmer ungerecht entschädigt, kann er das einklagen. Gestützt auf eine neue Norm im Kartellgesetz (Art. 4 Abs. 2^{bis} KG), die seit Anfang 2022 gilt. Zuständig für solche Klagen ist die Wettbewerbskommission Weko. Ausserdem hat der Nationalrat Anfang Mai vier Vorstösse für mehr Transparenz bei Biolebensmitteln angenommen. Etwa sollen die Kosten von Bio, konventionell und IP separat ausgewiesen werden. Der Bund soll die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten mit Mehrwert für Umwelt und Tierwohl stärken. Ein Vorstoss fordert mehr Preistransparenz im Agrarsektor, insbesondere beim Labelfleisch.

-  www.fedlex.admin.ch > Suchen: «251»